

ministers Dr. Müller gelungen, eine ganz bedeutende Besserung der Staatsfinanzen herbeizuführen. Es ist aber noch manches nötig, ehe von einer völligen Gesundung gesprochen werden kann. Es ist deshalb zu wünschen, daß von den Wegen, die der jetzige Finanzminister eingeschlagen hat, auch in Zukunft nicht abgewichen wird.

Politische Rundschau.

Wilsdruff, 27. Oktober 1905.

Deutsches Reich.

Wegen der „Verdächtigung“ des Kolonialdirektors Dr. Stübel

In Sachen der Firma Lippelsch u. Cie. hat der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes nicht nur gegen das „Berliner Tageblatt“, sondern auch gegen den „Vorwärts“ Strafantrag gestellt.

Das „Berliner Tageblatt“ erklärt am Dienstag abend, daß es wegen der Behauptung des Staatssekretärs des Auswärtigen, das Blatt hätte sich einer Verdächtigung schuldig gemacht, die Widerklage erhebe, da weder eine objektive noch eine subjektive Verdächtigung vorliege.

Deutsch-Ostafrika.

Graf Sögen telegraphiert unter dem 24. Oktober: Die telegraphische Verbindung zwischen Nywaya und Kilmatinde ist noch gestört. Eine sichere Befestigung der Gerichte über einen in Itungu, 100 Kilometer östlich von Tabora ausgebrochenen Ausfall liegt nicht vor. Von der Station Tabora wird gemeldet, daß Boten aus dem Iringabegebiet in Nywaya umherzufragen suchen, welchen Versuch gegenüber die Hauptkanton Kolunde sich ablehnend verhalten soll. Hauptmann v. Haffel beabsichtigt am 12. Oktober, nachdem er die Station Mahenge besichtigt hatte, nordwärts gegen die Wapunga in Richtung vorzuziehen. Das Vorgehen soll unterstützt werden durch die Kolonne des Freiherrn v. Wangenheim aus dem Bezirk Kilossa und durch das Detachement des Leutnants v. Krieg mit den ihm angeschlossenen Wache-Ostafrikanern aus Iringa.

Ausland.

Die Stimmungsmache gegen Deutschland

wird in Italien fortgesetzt. Man schreibt aus Rom: Eine neue Verleumdung deutscher Staatsmänner macht die Kunde durch die italienischen Zeitungen. Ein sonst in Rom völlig unbekanntes, französisch geschriebenes Blatt ist in zahlreichen Exemplaren in Rom verbreitet worden. Es enthält die sensationelle Erzählung eines heftigen Zusammenstoßes zwischen dem deutschen Gesandten in Rom und dem italienischen Minister des Äußeren. Bei einer Aussprache zwischen den beiden Staatsmännern wegen der Beteiligung Italiens an der Marokkokonferenz habe v. Löwen dem Grafen Tittoni die Worte ins Gesicht geschleudert: „Ihr Venedigern ist unwürdig!“ Daß die ganze Geschichte erlogen ist, liegt klar auf der Hand, trotzdem aber wird sie mit viel Behagen und hämischen Bemerkungen gegen Deutschland von fast allen Blättern nachgedruckt. Dienstag abend stellte die „Tribuna“ den ganzen Zwischenfall in Abrede, insofern hat aber die freche Lüge ihre Schuldigkeit getan. Einmal bleibt ja auch immer hängen. Der Ausgangspunkt dieser Prekzuren ist die französische Gesandtschaft in Rom. Nicht der Gesandte Barrière selber, der zu gewichtig ist, als daß er sich an solchen Dingen die Finger verbrannt, aber seine Umgebung. Die römische Presse, mit der Herr Barrière ganz ausgezeichnet steht, verbreitet dann die dreifachfeindlichen Nachrichten.

Eine Liga gegen die Todesstrafe.

Die Liga gegen die Todesstrafe, die sich kürzlich gebildet hat, wird demnächst in Moskau und Petersburg zusammenzutreten. An dieser Bewegung nehmen die ersten Vertreter der gebildeten Gesellschaftsklassen teil. An ihrer Spitze die Professoren Kowalski und Meljulow, sowie Graf Leo Tolstoj. Die Liga beabsichtigt, sich an die vier größten ausländischen Gesellschaften von Juristen zu wenden, um einen Protest in ganz Europa gegen die Todesstrafe in Russland hervorzurufen. Nach russischem Gesetz ist diese Strafe nicht zulässig, mithin sei ihre Anwendung als Mord aufzufassen. Moskauer, wie Petersburger Mitglieder der Liga, darunter die hervorragendsten russischen Juristen, wollen einen Boykott gegen alle Personen beschließen, die an der Verhängung der Todesstrafe direkt oder indirekt Anteil genommen haben, wie Prokureure, Mitglieder des Gerichts, Sekretäre, Militär, und Gendarmen, die der Urteilsvollstreckung beiwohnen gezwungen sind. Der Boykott soll so weit gehen, daß die Hausbesitzer jenen Verdächtigten Mietwohnungen zu verweigern, die Magazine ihnen keine Waren zu verkaufen veranlassen, L. z. sie sollen von der ausländischen Gesellschaft verbannt werden. In Petersburg will die Liga ihr Meeting in der Aula der Universität abhalten. Die offizielle Erlaubnis hierzu steht noch aus.

Mit so schwachen Mitteln gedenkt man Erfolge zu erzielen? Vor solchen „Kundgebungen“ brauchen Väterchen und seine Denker nicht zu zittern. Solange die „ersten Vertreter der gebildeten Gesellschaftsklassen“ nicht begreifen, wo ihr Platz ist in dem Kampfe gegen brutal mordende Willkür, wird ihr Kampf durchaus ergebnislos bleiben.

Aus Stadt und Land.

Mitteilungen aus dem Verort für die Herbst nehmen wir jederzeit dankbar entgegen.

Wilsdruff, den 27. Oktober 1905.

Die Thronrede, mit welcher Se. Majestät der König gestern den 31. ostentativen Landtag eröffnete, ist in mancher Beziehung bemerkenswert. Aus ihr ist ersichtlich, daß den Landtag zunächst große gelegentliche Aufgaben nicht beschäftigen werden. Erst später wird der sehr wichtige Entwurf eines Wassergesetzes zur Vorlage gelangen.

Viel bemerkt wird der erste Hinweis des Königs auf die Reichsfinanzreform. Aus den diesbezüglichen Bemerkungen Se. Majestät ist zu ersehen, daß die Einzelstaaten im eigenen sowohl wie im Interesse des Reichs auf eine baldige Regelung der finanziellen Verhältnisse des Reichs dringen müssen. Ganz besondere Bedeutung wird die Feststellung erwecken, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse des Landes sich in aufsteigender Richtung bewegen. Diese Feststellung besagt um so größeren Wert, als die Angaben in der Thronrede selbstverständlich auf den denkbar sichersten Informationen beruhen. Nicht ohne Interesse ist es auch, daß der König die in Chemnitz geäußerte Meinung, die neuen Handelsverträge würden sich auch für die sächsische Volkswirtschaft nutzbringend erweisen, in der Thronrede abermals zum Ausdruck bringt. Die Einschaltung: „trotz mancher Befürchtungen beteiligter Kreise“ läßt erkennen, daß Se. Majestät den Vorwurf von gewisser Seite, der König sei von seinen Räten vor seiner Chemnitzer Rede nicht richtig orientiert worden, als ungehörig zurückweist. Damit wird den sächsischen Staatsmännern, die seiner Zeit öffentlich bezeugt wurden, den Monarchen im einseitig agrarischen Interesse beraten zu haben, das allerhöchste Vertrauen in nicht mißzuverstehender Weise zum Ausdruck gebracht. Die herzliche Art, mit welcher Se. Majestät von den begeisterten patriotischen Kundgebungen spricht, deren Mittelpunkt der König bei seinen Besuchen der verschiedenen Landesteile war, läßt erkennen, daß der Monarch die Liebe des Volkes mit rückhaltlosem Vertrauen erwidert. Wo Fürst und Volk so fest vereint zusammenstehen, wie in Sachsen, muß es vorwärts geben auf allen Gebieten.

König Friedrich August ernannte den Kaiser Wilhelm zum Chef des neuen sächsischen Infanterie-Regiments, das hinfür den Namen führt „3 sächsisches Infanterie-Regiment Nr. 21 Kaiser Wilhelm II König von Preußen“.

In der zweiten Kammer des sächsischen Landtages haben heute die beiden freisinnig-volksparteilichen Abgeordneten Günther-Planen und Vör-Zwickau folgende Interpellationen eingebracht: 1. Hat die königliche Staatsregierung, angelehnt an die Fleischnot herrschenden Fleischsteuerung, schon Maßregeln zur Beseitigung oder Verringerung derselben im Interesse der Bevölkerung in die Wege geleitet und durch welche Maßnahmen gedenkt die königliche Staatsregierung der enormen Fleischsteuerung abzuhelfen? 2. Hat die königliche Staatsregierung ihre Vertreter im Bundesrat angezogen, gegen die Einführung von Schiffsabgaben auf den natürlichen Binnen-Schiffahrtswegen zu stimmen? Ferner haben dieselben noch eine dritte Interpellation wegen einer Reform des Landtagswahlrechts eingebracht.

Die diesjährigen Herbstkontrollversammlungen für Unteroffiziere und Mannschaften der Reserve (einschließlich Dispositionsurlaubter, Halbinaliden, zeitig Ganzinaliden und der zur Disposition der Ersatzbehörden entlassenen Mannschaften) der Jahressklassen 1898 bis mit 1905 finden im Landwehrbezirk Reichen vom 3. bis mit 11. November statt. Die näheren Bestimmungen hierüber sind durch Plakate an den Anschlagtafeln und an anderen geeigneten Orten in den Gemeinden bekannt gegeben. Es werden Bestimmungsbefehle nicht ausgegeben und hat jeder zur Kontrollversammlung Verpflichtete sich wegen Ort und Zeit an den Anschlagtafeln zu unterrichten und sich bei eintretendem Zweifel an das Hauptmeldeamt oder an den Gemeindevorstand zu wenden. Gesuche um Befreiung von der Kontrollversammlung sind schriftlich bei dem Hauptmeldeamt anzubringen. Militärpässe, Führungszugnisse, Kriegsbeordnungen und Paphotizen sind zur Kontrollversammlungen mitzubringen.

Öffentliche Stadgemeinderatsitzung am 26. Oktober. Der Vorsitz führt Bürgermeister Kauleberger. Das Kollegium ist vollständig erschienen. Der Vorsitzende teilt mit, daß der Kant des königlichen Postrechts nunmehr in aller Form erledigt und die Kaufsumme angesetzt ist. St. M. Wägel hält es für wünschenswert, daß die Aufsammlung des Posters bald beendigt werde. St. M. Breitschneider sichert zu, daß in den nächsten Tagen der Durchschlag erfolgt, um die Aufsammlung zu vermeiden. Eingegangen ist ein Dankschreiben des Frauenvor ein für die ihm zur Wohlthatigkeitslotterie gestifteten Gewinne. Der Vorsitzende regt an, den in Wilsdruff wohnenden Kriegsveteranen Abgabenfreiheit zu gewähren, soweit ihr Einkommen den Betrag von 1100 Mark nicht übersteigt. Der Vorsitzende hebt hervor, daß durch diese Maßnahme der Stadt ein Verlust von kaum 100 Mk. erwachse. Die Dankbarkeit gebiete es, den Veteranen diese Vergünstigung zu gewähren. St. M. Sälchenmaier unterstützt die Anregung; es sei viel richtiger, den Veteranen Steuerfreiheit zu gewähren, als Denkmäler zu bauen und schöne Reden zu halten. St. M. Dinndorf spricht ebenfalls für die Anregung, ebenso St. M. Breitschneider, St. M. Fröhlich und St. M. Wägel. St. M. Breitschneider regt des Weiteren an, auch denjenigen Gemeinwohnern, die das 50-jährige Bürgerjubiläum feiern, Steuerfreiheit zu gewähren. St. M. Wägel begrüßt dies, macht aber zur Bedingung, daß die Steuervergünstigung bei hohem Einkommen nicht gewährt werde. Das Kollegium beschließt den Veteranen im Sinne der Anregung des Vorsitzenden Steuerfreiheit zu gewähren. Ueber die Anregung des Herrn St. M. Breitschneider wird das Kollegium in nächster Sitzung Beschluß fassen. Ueber eine Eingabe des Herrn Walter Schmidt, betreffend den Ausbau der Linde Wilsdruff-Niederhermsdorf, geht man zur Tagesordnung über. In den gemischten Ausschuss für die bevorstehende Stadtverordneten-Ergänzungswahl werden gewählt aus der Mitte des Kollegiums St. M. Fröhlich mit 14, K. Kants mit 12 und Sälchenmaier mit 11 Stimmen, aus der Mitte der Bürgerchaft Tischlermeister Gschler sen. mit 12 und Archivarier Schampyl mit 9 Stimmen, als Ersatzmann Uhrmachermeister Nicolas mit 4 Stimmen. Das Kollegium beschließt sich erneut mit dem Gesuch des Herrn Schubwadermeier Harder um Anstellung als ständiger Erntenschauer. Der Vorsitzende teilt mit, daß es Herr Tierarzt Beerger abgelöst habe, seinen Bezirk an Herrn Harder abzutreten. St. M. Sälchenmaier empfiehlt, trotzdem

das Gesuch befürwortend an die Aufsichtsbehörde abzugeben. Wenn Herr Harder in diesem Jahre nicht angestellt werde, dann müsse er erneut einen Anlauf beschaffen. In gleichem Sinne spricht sich St. M. Lohner aus. St. M. Täubert rührt aus: Herr Harder sei vom Bezirkstierarzt veranlaßt worden, das Gesuch einzureichen. Im übrigen habe ihm Herr Harder zum Zwecke der Mitteilung an das Kollegium erklärt, Herr Tierarzt Beerger sei derzeit in Anspruch genommen, daß dessen Frau die Präparate untersucht habe. St. M. Breitschneider beantragt, diese Neuerung zu Protokoll zu nehmen, da sie einen schweren Vorwurf enthalte. St. M. Goerne erklärt, wenn es sich bewahrheitet, daß Herr Bezirkstierarzt Hansold Herrn Harder zur Abgabe des Gesuches bestimmt habe, dann empfehle er, das Gesuch befürwortend an die Aufsichtsbehörde abzugeben. Es sprechen noch St. M. Sälchenmaier, St. M. Wägel, St. M. Breitschneider und der Vorsitzende, worauf das Kollegium einstimmig beschließt, das Gesuch Darbers zu befürworten. Herr Fabrikbesitzer Hartmann ersucht durch seinen Rechtsvertreter wiederholt um Freigabe der Köhlschen Straßenaufkaffung. Der Vorsitzende empfiehlt die Ablehnung des Gesuches, ebenso St. M. Breitschneider, die beide ausführen, daß die Rechtslage gegen die Freigabe spreche. St. M. Breitschneider gibt erneut die Anregung zum Ausbau des Niedergründbacher Weges als Straße. St. M. Wägel und St. M. Hofmann sprechen sich für Herausgabe der Kautions aus; in absehbarer Zeit sei nicht zu erwarten, daß an jenem Wege gebaut werde. St. M. Breitschneider erklärt, diese Möglichkeit liege gar nicht so fern. Das Kollegium beschließt gegen 2 Stimmen, das Gesuch des Herrn Hartmann um Freigabe der Kautions abzulehnen. St. M. Breitschneider zieht seinen Antrag auf Ausbau des Niedergründbacher Weges zurück. Der städtische Kassenscheider Hauke hat demnächst in der Gehaltsstaffel - von 25 auf 30 Mt. monatlich - zu steigen. Er bittet, ihn um 2 Stufen (auf 36 Mark) steigen zu lassen. Der Vorsitzende befürwortet das Gesuch. St. M. Sälchenmaier empfiehlt die Ablehnung des Gesuches und zwar der Konsequenzen wegen. Ihm schließt sich St. M. Lohner an. St. M. Trepte weist im Anschluß an eine Bemerkung des Herrn Vorsitzenden daraufhin, daß nicht allein die Beamten, sondern vor Allem auch die Handwerker unter der gegenwärtigen Lernerung zu leiden haben; es komme dazu, daß die Preise für die Produkte des Handwerkes ständig fielen. St. M. Wägel ist für Genehmigung des Gesuches; die Entlohnung sei gering. St. M. Breitschneider betont, daß die Tätigkeit solcher jungen Leute quasi als Lehrzeit für ihren künftigen Beruf anzusehen sei. Den Leuten sei in ihrem Interesse zu empfehlen, sich anderwärts um feste Anstellung zu bewerben, sobald sie entsprechend vorgebildet sind. St. M. Goerne und St. M. Hofmann empfehlen die Ablehnung des Gesuches der Konsequenzen wegen, gleichzeitig aber auch eine Revision der Staffel. Eine Bemerkung des St. M. Sälchenmaier über die dauernde Steigerung der Preise für landwirtschaftliche Produkte gibt Veranlassung zu einer Auseinandersetzung zwischen ihm und Herrn St. M. Wägel über die Lage des Handwerkes und der Landwirtschaft. Das Gesuch Hauke wird gegen 1 Stimme abgelehnt. - Ausbann legt das Kollegium die Beratung der Ortsbauordnung fort. Es erledigt in zweiter Sitzung die §§ 14-28. Schluß der Sitzung gegen 9 Uhr.

Die Winterfähigkeit des Gemeinnützigen

Bereins begann durch Abhaltung einer Generalversammlung am Dienstag. An diesem Abende zeigte sich es wieder, welche Interessiertheit am Plage sich breit macht. Die Tagesordnung gab Veranlassung genug, einen guten Besuch zu erwarten und soll der Vorstand weitere Lust und Liebe am Verein befunden, dann haben die Mitglieder die Pflicht, in die Versammlungen zu kommen. Aus der Reichhaltigkeit der Mitteilungen sei nur erwähnt: An einem solchen Tage, welcher kurz im Wochenblatt bekannt gegeben war, soll ein Spaziergang durch den Tännichgrund nach Niederwartha stattfinden. Am Reformationsfest findet wie bisher ein Volksunterhaltungsabend statt, bei welchem der hiesige Turnverein die Mitwirkung freundlich zugesagt hat. Der russisch-japan. Krieg mit Lichtbildern kommt im 2. Teil zur Vorführung. Ein Vortragabend, in welchem die berühmte R. daerin Frau Duille Stein aus Karlsruhe sprechen wird, findet im Januar statt. Ein dritter Abend soll später bekannt werden. Gesuche um Unterstufungen der Volksbibliothek sollen wieder eingereicht werden. Ueber der Jahrmärkte hätte man es gern gesehen, wenn wie früher eine Umirage bei den Geschäftleuten im Gewerbeverein sowie Gemeinnützigen Verein bewerkstelligt worden wäre. Das Rechnungswerk fand durch Vortrag seine Erledigung. Die Neuwahlen ergaben keine besonderen Veränderungen. Mit Dank an die Verdienstlichen sowie die Mitglieder zu neuer Arbeit aufmunternd schloß der Vorsitzende die Sitzung.

Der Gesangverein Sängerkranz vereinigte am Mittwoch seine Mitglieder und Gäste im Hotel zum Löwen zur Feier des Stiftungsfestes. Das Programm umfaßte auch diesmal Konzert von der Stadtkapelle, Darbietungen der aktiven Sängers und Ball. Der Vorsitzende, Herr Robert Täubert, begrüßte die Erschienenen. Die Darbietungen der Sängers bewiesen von Neuem, daß ihre Leistungen unter der Leitung des Herrn Lehrer Hillig sich auf einer achtunggebietenden Höhe bewegen. Auch während des Tanzes erfreuten die Sängers durch den einwandfreien Vortrag mehrerer Volkslieder.

Abermals wurde hier durch den leichtsinnigen Umgang der Kinder mit Streichhölzern ein Stubenbrand verursacht. Das fünfjährige Söhnchen eines im „Gezunge“ wohnenden Pächters geriet über mehrere Streichhölzer, die der Vater am heutigen Mittag hatte liegen lassen. Es setzte damit ein Bett in Brand. Die Kinder wären zweifellos in dem sich entwickelnden Brand erstickt, wenn man ihnen nicht rechtzeitig Hilfe gebracht hätte. Die Feuerwehr löschte den Brand, ehe er nennenswerten Schaden verursacht.